



DIE WÄHRUNGSREFORM VON 1948 UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE GEGENWART

Werner Plumpe

AUF EINEN BLICK

- ▶ Dass es 1948 mit einem Kraftakt gelang, die monetäre Schieflage der Nachkriegszeit zu beseitigen und die Basis für einen soliden Wirtschaftsaufschwung zu legen, ist weitgehend in Vergessenheit geraten. Mit Blick auf die gegenwärtige exorbitante Staatsverschuldung und die zumindest leicht trabende Inflation kann die Erinnerung an die Währungsreform vor 75 Jahren dazu beitragen, die Sensibilität für Herausforderungen zu schärfen, die – wenn auch in stets wechselnder Gestalt – keineswegs nur der Vergangenheit angehören.
- ▶ Vor dem Hintergrund der zunehmenden Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetunion beschlossen die Westmächte die Gründung eines eigenständigen West-Staates und den Aufbau einer freien Marktwirtschaft. Eine Währungsreform wurde zum Schlüssel für die erfolgreiche Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse und damit letztlich auch für den Erfolg der Weststaatbildung unabdingbar.
- ▶ Im April 1948 einigten sich die Vertreter der drei westlichen Besatzungsmächte auf einen schnellen und radikalen Währungsschnitt. Die Kerngesetzgebung zur Währungsreform, die faktisch die Eigentümer von Geldvermögen in Deutschland entschädigungslos enteignete, wurde ergänzt durch eine grundlegende Reform der Wirtschaftsordnung.
- ▶ Die unmittelbare Wirkung der Währungsreform war phänomenal. Über Nacht schien das Elend der Nachkriegszeit überwunden. Politisch trug der Erfolg der Währungsreform zur Stabilisierung der bürgerlich-liberalen Regierungsmehrheit bei, die sich wiederum um eine Verstetigung der günstigen ökonomischen Bedingungen im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft bemühte.
- ▶ Dass sich eine ordoliberalen Wirtschaftsordnung durchsetzen konnte, war angesichts der vorherrschenden öffentlichen Stimmung, die stärker in Richtung eines dritten Weges zwischen Moskau und Washington zu votieren schien, nicht selbstverständlich. Gleiches gilt für die Tatsache, dass die mit der Währungsreform verbundene faktische Enteignung des Geldvermögens großer Teile der Bevölkerung mehr oder weniger umstandslos hingenommen wurde.
- ▶ Die Radikalität des Bruches und die Bedingungslosigkeit des Neuanfangs nach der Währungsreform wurden zu zentralen Elementen des Währungsreformmythos, der schließlich selbst einen der Treibsätze des Wirtschaftswunders bildete.
- ▶ Seit Mitte der 1960er Jahre schwand das Vertrauen in sich selbst regulierende Märkte im Rahmen einer umfassenden Wettbewerbsordnung sukzessive zugunsten eines stärker planenden, lenkenden und regulierenden Staates, der entsprechend selbstbewusst immer größere Teile des Sozialproduktes in seine Verfügung zog.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einführung	5
2	Die Vorgeschichte der Währungsreform: Konzepte und politische Rahmenbedingungen	6
3	Die Währungsreform und die Wiederherstellung einer preisgesteuerten Marktwirtschaft	12
4	Folgen des Währungsschnittes	14
	Fazit	17
	Literatur	20

Die Währungsreform vom 20. Juni 1948, die in diesem Jahr ihre 75. Wiederkehr erlebt, ist für die meisten Menschen bestenfalls noch als eine in der Sache kaum klar umrissene Legende bekannt. Dass es 1948 mit einem Kraftakt gelang, die monetäre Schieflage der Nachkriegszeit zu beseitigen und die Basis für einen soliden Wirtschaftsaufschwung zu legen, ahnen zwar noch heute viele Beobachter, doch wie das gelang, ist weitgehend in Vergessenheit geraten.

Dieses Vergessen hat aber gerade im gegenwärtigen Kontext einer exorbitanten Staatsverschuldung und einer zumindest leicht trabenden Inflation eine nicht ganz unbedenkliche Seite: Sollte die Entwicklung so anhalten, könnte das Land in absehbarer Zeit in eine Situation geraten, aus der es sich im Sommer 1948 nur durch eine radikale Währungsreform hat retten können.

Die Währungsreform wieder in Erinnerung zu rufen, ist also sehr viel mehr als nur der übliche Geburtstagsgruß oder eine wirtschaftshistorische Fingerübung. Die Erinnerung mag auch dazu beitragen, die Sensibilität für Herausforderungen zu schärfen, die – wenn auch in stets wechselnder Gestalt – keineswegs nur der Vergangenheit angehören.

1. EINFÜHRUNG

Als im Mai 1945 das nationalsozialistische Regime zusammenbrach und der deutsche Staat bedingungslos kapitulierte, hatte der Krieg neben den großen menschlichen und materiellen Opfern auch eine immense finanzielle Last hinterlassen. Allein die Verschuldung des Reiches wurde auf mehr als 400 Mrd. Reichsmark (mehr als das Vierfache des Volkseinkommens der Vorkriegszeit) geschätzt. Die stark aufgeblähte Geldmenge wurde wegen des auch nach Kriegsende noch geltenden Preis- und Lohnstopps zwar nicht direkt nachfragewirksam (zurückgestaute Inflation). Sie hing aber als Damoklesschwert über der weiteren wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung Deutschlands.

Überdies: Auch trotz offiziell kontrollierter Preise war der Wertverlust des Geldes – nicht zuletzt auf dem Schwarzen Markt – offensichtlich. Eine Rückkehr zu geordneten wirtschaftlichen (und politischen) Verhältnissen und damit eine Überwindung der Kriegsfolgenlasten war ohne eine Bewältigung der finanziellen Folgen des Krieges ausgeschlossen; sollte sie ausbleiben oder sich lange hinauszögern, drohte die zunächst noch schleichend voranschreitende wirtschaftliche Paralyse in eine offene Katastrophe zu münden.

Die Frage der monetären Ordnung nach dem Ende des Krieges spielte in den alliierten und deutschen Diskussionen über die Nachkriegszeit schon während des Krieges eine große Rolle.¹ Freilich zeigte sich schnell, dass es sich hierbei nicht um eine rein finanztechnische Frage handelte, sondern wichtige politische Vorentscheidungen zu treffen waren, bevor eine Beseitigung der finanziellen Kriegsfolgen möglich sein würde.

Vor allem setzte ein erfolgreicher Geldschnitt eine Einigung über das politische Schicksal Deutschlands und seine künftige Wirtschaftsordnung voraus.² Erst im Frühjahr 1948 waren diese Entscheidungen zugunsten einer Teilung des Landes und zugunsten des Aufbaus einer freien Marktwirtschaft in den westlichen Besatzungszonen gefallen. Nunmehr war in den Westzonen eine Währungsreform nicht allein politisch möglich; sie war als Schlüssel für die erfolgreiche Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse und damit letztlich auch für den Erfolg der Weststaatbildung unabdingbar.³

Die vor diesem Hintergrund im Juni 1948 getroffenen Maßnahmen erwiesen sich – ex post – als ausgesprochen glücklich, obwohl sie ex ante mehr als riskant waren, implizierte doch die schließlich realisierte Währungsreform die fast vollständige Enteignung des westdeutschen Geldvermögensbesitzes, ohne dass sich eine Lastenausgleichsregelung abgezeichnet hätte.

Die Erfolgsgeschichte dieses deutsch-amerikanischen Joint Venture Währungsreform⁴ soll im Folgenden in drei Schritten nachgezeichnet werden, bevor in einer Schlussbemerkung der Bogen bis zur Gegenwart geschlagen wird. Zunächst ist die Vorgeschichte der Währungsreform in politischer und konzeptioneller Hinsicht zu schildern. In einem zweiten Schritt sollen die Währungsreform und die mit ihr verbundenen politischen Schritte zur Wiederherstellung einer preisgesteuerten Marktwirtschaft dargestellt werden, bevor – drittens – auf die unmittelbaren und mittelbaren Folgen des Währungsschnittes einzugehen ist.

2. DIE VORGESCHICHTE DER WÄHRUNGSREFORM: KONZEPTE UND POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Vorgeschichte der Währungsreform ist im Kern mit der gesamten Geschichte der Besatzungspolitik identisch, musste doch eine Währungsreform Ausdruck dafür sein, wie die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands gestaltet werden sollte. Im Vorfeld des Kriegsendes und der unmittelbaren Nachkriegszeit standen gemeinsame Bemühungen der Siegermächte im Vordergrund, die finanziellen und monetären Kriegsfolgen zu bewältigen. Doch zeigten sich bereits frühzeitig Meinungsverschiedenheiten zwischen den ehemals verbündeten Mächten der Anti-Hitler-Koalition.

Während Frankreich jeder Maßnahme opponierte, die eine Zentralisierung Deutschlands zu begünstigen und die ökonomische Ausbeutung der eigenen Zone zu behindern schien, hatten die Briten weniger Interesse an einem radikalen Geldschnitt als an einer kontrollierten Inflation, mit der sie glaubten, ihre besatzungspolitischen Ziele besser durchsetzen zu können.⁵ Für die Russen war das Währungsthema kaum vordringlich, hatten sie doch das Bankensystem frühzeitig zerschlagen und unter ihre vollständige Kontrolle gebracht, sodass der Geldüberhang in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) schon 1945 stillgelegt war. Den Sowjets war vor allem daran gelegen, durch Währungsreformmaßnahmen nicht die deutschen Reparationsleistungen in Frage zu stellen.

Auch die Amerikaner waren anfangs nicht an zügigen Maßnahmen interessiert, da die „ambivalente Natur der amerikanischen Nachkriegspolitik“ es zumindest der Militärregierung in Deutschland wenig ratsam erscheinen ließ, „das schwierige und kontroverse Währungsproblem“ auf die Tagesordnung zu setzen.⁶ Dass es im Kontext dieser Gemengelage unterschiedlicher Interessen nicht zu einer schnellen Einigung kam, verwundert kaum. Im Frühjahr 1946 befanden sich die interalliierten Verhandlungen in einer Sackgasse.⁷

Es war die amerikanische Regierung, die unter dem Eindruck der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage im Winter 1945/46 durch Einsetzen einer Expertengruppe, die die währungspolitische Lage erfassen und Vorschläge machen sollte, Bewegung in die festgefahrene Währungsfrage brachte. Im März, April und Mai 1946 führten die drei Finanzexperten Gerhard Colm, Joseph M. Dodge und Raymond W. Goldsmith zahlreiche Gespräche mit englischen, russischen und französischen Besatzungsoffizieren und absolvierten ein umfangreiches Besuchsprogramm in allen vier Zonen, auf dem sie gezielt auch Informationen von deutscher Seite einholten.

Am 20. Mai 1946 präsentierten sie ihren „Plan for the Liquidation of War Finance and the Financial Rehabilitation of Germany“ (CDG-Plan) dem amerikanischen Oberbefehlshaber Lucius D. Clay. Nach einer intensiven Prüfung in Washington erhielten auch die anderen drei Besatzungs-

mächte Kopien des Währungsreformplanes und der Empfehlungen der drei Experten. Ihr Plan sah die ersatzlose Stilllegung von 90 Prozent des Geldüberhangs durch Umtausch von zehn alten Reichsmark in eine neue Deutsche Mark und die Annullierung der Reichsschuld vor. Die von der Streichung der Reichsschuld betroffenen Kapitalmarktinstitutionen (Banken, Versicherungen, Sparkassen etc.) sollten in neuen Schuldverschreibungen soweit entschädigt werden, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommen konnten. Preise, Löhne, Einkommen und Steuern waren im Verhältnis von eins zu eins umzustellen. Im Rahmen eines ebenfalls ins Auge gefassten Lastenausgleiches sollten zunächst Grundbesitz und Industrieanlagen mit einer Grundschuld von 50 Prozent belastet sowie schließlich eine Vermögensabgabe von 10 bis 90 Prozent der betroffenen Nettovermögen erhoben werden.

Colm, Dodge und Goldsmith hatten sich auch zu den wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen einer Währungsreform geäußert. Zwar sei eine Verschiebung eines radikalen Geldschnittes möglich, doch drohe die Gefahr einer sukzessiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, was schließlich zu einer Gefahr für die Besatzungspolitik werden könne. Der bestehende Geldschleier behindere jede normale wirtschaftliche Aktivität und begünstige eine Schattenwirtschaft. Über kurz oder lang würde diese die politische Wirtschaftssteuerung lahmlegen, von den sozialen und moralischen Wirkungen der Tatsache, dass auf dem Schwarzmarkt eine Zigarette unter Umständen mehr einbringe als die reguläre Arbeit eines Tages, noch ganz abgesehen. Kurz: Sollte Deutschland wirtschaftlich stabilisiert werden, dürfe mit dem Geldschnitt nicht zu lange gewartet werden.⁸



Schwarzmarkt in Berlin.

Während die Russen ihre Zustimmung zum CDG-Plan signalisierten, solange hierdurch Deutschlands Reparationsleistungen nicht geschmälert würden, kam von englischer und französischer Seite Kritik. Favorisierte die englische Besatzungsmacht weiterhin das Konzept einer dosierten Inflation, so schien der Pariser Regierung das amerikanische Konzept zu gut. Sie befürchtete, dass Deutschland sich nach einer derartigen Reform zu schnell erholen werde, und lehnte den Plan daher ebenso wie die britische Seite zunächst ab.

Eine Grundsatzentscheidung über eine vierzonale Währungsreform, die auf der Basis eines modifizierten CDG-Planes gleichwohl nicht unrealistisch schien, wurde dann jedoch durch eine Nebensächlichkeit zunächst behindert und schließlich – im Kontext neuer Konflikte – vollständig verhindert. Der CDG-Plan sah nicht nur einen Geldschnitt, sondern auch die Einführung eines völlig neuen Geldes vor. Dessen technische Herstellung allein war schon nicht einfach, doch entzündete sich der schließlich entscheidende Konflikt an der Frage des Druckortes. Während die amerikanische Seite vorschlug, die neuen Noten in der in der US-Zone Berlins gelegenen Reichsdruckerei herstellen zu lassen, verlangten die Russen die Überlassung eines Satzes der Druckstöcke, um ebenfalls in Leipzig neue Noten drucken zu können – eine Forderung, die im Übrigen zunächst durchaus auf englisches und französisches Wohlwollen stieß.

Die US-Seite blieb in diesem Punkt allerdings kompromisslos, offensichtlich auch deshalb, weil sich bereits in der zweiten Jahreshälfte 1946 schwerwiegende Risse im russisch-amerikanischen Verhältnis gezeigt hatten, die schließlich 1947 eine Einigung immer unwahrscheinlicher werden ließen. Die Notendruckkontroverse erwies sich nun als taktische Manövriermasse. Dass zumindest Anfang 1948 den Amerikanern an einer Einigung mit den Russen nicht mehr gelegen war, zeigte sich darin, dass sie das russische Nachgeben in der Notendruckfrage unbeeindruckt ließ. Der englische Vertreter im Finanzdirektorat, Paul Chambers, schrieb jedenfalls 1948 in der Zeitschrift *International Affairs*: „Es wäre falsch anzunehmen, dass eine technische Frage dieser Art das war, was die Vertreter der vier Besatzungsmächte trennte. Hinter der Uneinigkeit über technische Fragen lagen die fundamentalen Unterschiede in den Zielsetzungen.“⁹

Diese „fundamentalen Unterschiede“ markierten die Ausgangskonstellation des Kalten Krieges, in dessen Rahmen die USA Ende 1946 und dann 1947 ihre Deutschland- und Europapolitik grundlegend änderten.¹⁰ An die Stelle von Niederhaltung und Kontrolle trat im deutschen Fall der Vorschlag eines kontrollierten Wiederaufbaus in einem weitergefassten westeuropäischen Rahmen, der im Marshall-Plan, der im Juni 1947 angekündigt wurde, seinen praktischen Niederschlag fand.¹¹ Dieses Konzept implizierte die Bildung eines westdeutschen Staates, dessen Erfolg und politische Legitimität, aber auch dessen westeuropäischer Nutzen von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängen würde.

Da die Sowjetunion an einem derartigen Vorhaben nur wenig Gefallen finden konnte – implizierte es doch im Grunde die Akzeptanz eines liberalen Weltwirtschaftssystems unter US-amerikanischer Hegemonie –, fiel hiermit fast zwangsläufig auch die Entscheidung zugunsten einer separaten Währungsreform in Westdeutschland. Im September 1947 beschloss die amerikanische Seite, auf eigene Faust und unter strengster Geheimhaltung die neuen Banknoten in Amerika herstellen zu lassen. Anfang 1948 wurden sie – weiterhin unter strengster Geheimhaltung – nach Deutschland transportiert und hier zunächst in den Frankfurter Reichsbank-Gebäuden versteckt.¹²



Englische, französische und amerikanische Soldaten verladen am 19. Juni 1948 im Keller der Bank deutscher Länder Kisten mit der neuen Deutschen Mark.

Damit war von der technischen Seite her eine separate Währungsreform möglich geworden. Die abschließenden politischen Entscheidungen fielen ebenfalls im Frühjahr 1948; vor allem die Londoner Sechsmächtekonferenz, auf der sich Westeuropäer und Amerikaner über einen westdeutschen Staat einigten und die daher fast folgerichtig zum Auszug der Russen aus dem Kontrollrat führte, stellte die Signale für eine separate Reform auf Grün.

Im April 1948 einigten sich die Vertreter der drei westlichen Besatzungsmächte überdies auf einen schnellen und radikalen Währungsschnitt. Nach internen Kontroversen beschloss man, den Lastenausgleich von der Währungsreform zu trennen und einer gesonderten deutschen Gesetzgebung zu überlassen.¹³ Nach diesen Entscheidungen hing nun alles von der technischen Durchführung der Währungsreform ab. Diese Aufgabe übertrugen die westlichen Siegermächte einer deutschen Arbeitsgruppe, die im sogenannten Konklave von Rothwesten im April 1948 ihre Arbeit unter strenger Geheimhaltung aufnahm.¹⁴

Die inhaltlichen Vorgaben für diese deutsche Arbeitsgruppe waren klar, nämlich erstens die Streichung von 70 Prozent, Blockierung von 20 Prozent und Umwandlung von 10 Prozent der Altguthaben in neues Geld; zweitens die Annullierung der Reichsschuld und Ausstattung der Kapitalmarktinstitutionen mit Länderschuldverschreibungen; schließlich drittens die Übertragung der Lastenausgleichsgesetzgebung in deutsche Hände.¹⁵ Abgesehen von der Abtrennung des Lastenausgleiches folgten diese Vorgaben dem CDG-Plan.

Damit war auch klar, dass die Alliierten den deutschen Währungsreformplan, der ihnen im April 1948 vorgelegt worden war, nicht akzeptieren würden. Mit diesem „Homburger Plan“ hatte es folgende Bewandnis: Im Windschatten der alliierten Konflikte hatte der Frankfurter Wirtschaftsrat im Herbst 1947 eigene Reformplanungen angeregt und mit der Homburger Sonderstelle für Geld und Kredit eine einschlägige Institution geschaffen, die unter der Leitung Ludwig Erhards zügig ihre Arbeit aufnahm. Förmlich existierten zwischen der Homburger Stelle und den Besatzungsmächten keine Kontakte; informell aber bestand großes Interesse an ihrer Arbeit.



Ludwig Erhard, 1949.

Das im April 1948 präsentierte Währungsreformkonzept der Sonderstelle konnte im Kern auf deutsche Währungsreformdiskussionen seit 1943 zurückgreifen und war mit diesen Diskussionszirkeln durch persönliche Kontinuitäten eng verbunden. Der Plan sah einen drastischen Geldschnitt, eine Altschuldenzertifizierung sowie einen vermögenswertneutralen Lastenausgleich vor. Vor allem Ludwig Erhard, der bereits 1943 eine umfangreiche Denkschrift zur Konsolidierung der Reichsschuld erarbeitet hatte, verkörperte in diesem Rahmen ältere deutsche Vorstellungen, die von der Radikalität des amerikanischen Schuldenschnitts deutlich abwichen.

Die Konflikte mit den Alliierten, die zeitgleich die Entkopplung von Währungsreform und Lastenausgleich beschlossen hatten und denen eine Altschuldenzertifizierung mit unklarer Finanzierungsperspektive als unkalkulierbares Risiko erschien, waren damit vorgezeichnet. In ihren Auflagen für das Konklave machten die Militärgouverneure daher auch von Anfang

an klar, dass in diesen Fragen (Lastenausgleich, Altschuldenannullierung) kein deutscher Handlungsspielraum existierte, sondern die deutsche Seite lediglich das alliierte Konzept umzusetzen hatte.¹⁶

Der Wirtschaftsrat beauftragte die deutschen Experten des Konklaves, die zumeist bereits am Homburger Plan mitgearbeitet hatten, diesen weitgehend zu berücksichtigen. Angesichts der berechtigten alliierten Kritik an der unklaren Altschuldenzertifizierung hatte man aber keine sachlich überzeugende Alternative zu den alliierten Vorgaben.¹⁷ Die Konflikte im Konklave hielten sich daher in diesen Fragen in Grenzen, auch wenn die deutsche Seite eine Annullierung der privaten Schulden weiterhin ablehnte. In anderen Punkten war man ohnehin so weit nicht auseinander.¹⁸ Die größeren Auseinandersetzungen bezogen sich folgerichtig nicht mehr auf den Ansatz der Reform, sondern auf ihren finanziellen Zuschnitt. Umstritten waren vor allem Kopf-, Fest- und Freiquoten. Die deutsche Seite plädierte für großzügige Kopfquoten (50 DM statt der vorgesehen 25 DM), aber für niedrigere Frei- und Festquoten (5 bzw. 15 Prozent).

Nach längeren Auseinandersetzungen kam man Ende Mai 1948 überein, dass 80 Prozent des Geldbestandes stillgelegt und jeweils 10 Prozent umgewandelt beziehungsweise auf Festkonten platziert werden sollten; die Kopfquote sollte zusätzlich 50 DM betragen. Endgültig wurden dann kurz vor dem Stichtag folgende Quoten festgelegt: 60 DM Kopfquote, 15 Prozent Fest- und 5 Prozent Freiquote, auf die die Kopfquote zu verrechnen war.¹⁹

3. DIE WÄHRUNGSREFORM UND DIE WIEDERHERSTELLUNG EINER PREISGESTEUERTEN MARKT- WIRTSCHAFT

Am 20. Juni 1948 endete die Reichsmark-Zeit. Mit zunächst drei alliierten Gesetzen wurden die Deutsche Mark zum 21. Juni 1948 als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt (Währungsgesetz), die Ausgabe der Deutschen Mark durch die Bank deutscher Länder geregelt (Emissionsgesetz) und der Geldüberhang stillgelegt (Umstellungsgesetz vom 27. Juni 1948). Mit dem Festkontogesetz vom 4. Oktober 1948 wurde schließlich die Festquotenregelung präzisiert.

Den Kern der Währungsreform bildete das Umstellungsgesetz. Nach dessen erstem Teil erloschen alle Altgeldguthaben von Körperschaften und Institutionen, alle anderen Guthaben wurden im Verhältnis zehn zu eins umgestellt, wobei unter Anrechnung der Kopfquote (60 DM pro Person, 60 DM Erstausrüstung pro Beschäftigten für Unternehmen) die Hälfte hiervon einem Freikonto gutgeschrieben, die andere Hälfte blockiert wurde. Im Festkontogesetz wurden von diesen Beträgen noch einmal gut zwei Drittel gestrichen, so dass im Ergebnis größere Guthaben im Verhältnis 100 zu 6,5 umgestellt wurden.

Der zweite Teil des Umstellungsgesetzes regelte die Reichsmark-Schulden. Die Schulden des Reiches, der Reichsbehörden, der NSDAP und ähnlicher Institutionen wurden blockiert. Sie waren damit zwar nicht erloschen, aber auch nicht mobilisierbar. Erst Ende der 1950er Jahre wurden sie endgültig reguliert. Kapitalmarktinstitutionen erhielten bereits zuvor sogenannte Ausgleichsforderungen, um die Passiva ihrer Bilanzen ausgleichen zu können. Verbindlichkeiten zwischen Geldinstituten wurden gestrichen, wiederkehrende Verbindlichkeiten wie Mieten, Löhne, Gehälter etc. im Verhältnis eins zu eins umgestellt. Alle übrigen Altschulden wurden im Verhältnis zehn zu eins abgewertet. Weitere Gesetze u.a. zur DM-Bilanz, zur Rentenanpassung und zum Lastenausgleich folgten später; an den materiellen Bestimmungen der Währungsreform änderten sie bei aller Bedeutung nichts.²⁰

Diese Kerngesetzgebung zur Währungsreform, die faktisch die Eigentümer von Geldvermögen in Deutschland entschädigungslos enteignete, wurde ergänzt durch eine grundlegende Reform der Wirtschaftsordnung. Mit dem Gesetz über die Leitsätze der Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform wurde die bisher gültige Warenbewirtschaftung und deren Vorschriften im Grundsatz beseitigt, auch wenn weiterhin direkte Steuerungs- und Verteilungsmaßnahmen in Kraft blieben. Zusammen mit Änderungen im Steuersystem (Senkung der direkten Steuern, Erweiterung der Eigenkapitalbildungsmöglichkeiten) signalisierte die mit der Währungsreform verknüpfte Wirtschaftsreform eine deutliche angebotspolitische Präferenz mit klarem Schwerpunkt bei der Konsum- und Verbrauchsgüterproduktion.²¹



Frankfurter Ausgabestelle, 20. Juni 1948.

Die unmittelbare Wirkung der Währungsreform war phänomenal. Über Nacht schien das Elend der Nachkriegszeit überwunden; die Schaufenster waren wieder voll. Aus der bürokratisch verwalteten Güterknappheit wurde innerhalb weniger Tage eine sich über preisbildende Märkte selbstregulierende Geldknappheit, über deren Funktion die ebenfalls neugegründete, von deutschen politischen Weisungen unabhängige Bank deutscher Länder wachte. Güterknappheit wurde durch Geldknappheit zwar nicht verdrängt, aber spezifisch strukturiert.²²

Im Bewusstsein der Zeitgenossen bestimmten von nun an Geldsorgen im Gegensatz zum Gütermangel das Alltagsdenken. In den Stimmungsumfragen der Besatzungsmächte hatten als Hauptsorgen der Bevölkerung Ernährung und Bekleidung mit Werten zwischen 40 und 55 Prozent bis zum Juni 1948 das Bild beherrscht. Danach verloren sie schlagartig in den Nennungen an Bedeutung (unter 10 Prozent), wäh-

rend allgemeine Geldsorgen mit fast 70 Prozent von zuvor 10 Prozent einen rasanten Zuwachs erfuhren.²³ Die Verfügung über Geld bestimmte vom Juni 1948 an daher das Alltagsleben einer enteigneten Bevölkerung, deren Zugang zu Geld nur auf eine Weise möglich war: über Arbeit.

4. FOLGEN DES WÄHRUNGSSCHNITTES

Die Folgen der Währungsreform und der mit ihr verbundenen Gesetzgebung waren komplex. Sie im Einzelnen zu benennen, ist kaum möglich, zumal eine Zurechnung späterer Entwicklungen auf die Währungsreform als deren Ursache stets arbiträre Elemente enthält. Dies im Hinterkopf können bestimmte kurz-, mittel- und langfristige Wirkungen angesprochen werden, wobei die Bedeutung der Währungsreform mit zunehmendem zeitlichem Abstand immer diffuser wurde.

Die unmittelbaren Folgen der Währungsreform und der Aufhebung großer Teile der Bewirtschaftung bestanden in der schockartigen Wiederherstellung einer Marktwirtschaft durch die Schaffung und institutionelle Sicherung von Geldknappheit, und zwar auf dem Wege der Massenenteignung. Damit änderten sich schlagartig die wirtschaftlichen Verhaltensanreize in Richtung auf Gelderwerb und Marktpreisbeobachtung. Angesichts der Massenenteignung implizierte die Notwendigkeit des Gelderwerbs einen faktischen Arbeitszwang, da alternative Ressourcen zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit für die überwältigende Mehrzahl der Menschen nicht existierten.

Für die Unternehmen bedeutete dies Produktions- und Vermarktungszwang. Zwar existierten gewisse Waren- und Rohstoffreserven, doch reichten diese zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit keineswegs aus, wenngleich sie auch über ihr Wiedererscheinen in den Schaufenstern am 21. Juni 1948 den unmittelbaren Erfolg der Reform zu sichern halfen. Das Unternehmen, das zahlungsfähig bleiben wollte, musste produzieren und verkaufen, und dies bei scharfer Beobachtung der Marktpreise, da eine Politik der Preiserhöhungen, die manche Unternehmen zunächst zu betreiben gedachten, sehr rasch durch Eingriffe der Zentralbank unterbunden wurde. Produktion und Arbeitsproduktivität nahmen mit der Währungsreform daher unmittelbar und sprunghaft zu.²⁴

Für die mittelfristigen Folgen der Währungsreform, das Wirtschaftswunder, spielte neben der Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse und der damit sich ergebenden Zahlungszwänge vor allem die Wirtschafts- und Steuergesetzgebung eine entscheidende Rolle. Hierdurch wurde die Orientierung der ökonomischen Tätigkeit auf Produktion nachdrücklich gestärkt. Die Währungsreform hatte bereits unmittelbar angebotspolitische Wirkungen großen Ausmaßes gezeigt. Durch die Wirtschafts- und Steuerpolitik in ihrem Gefolge wurde die private Kapitalbildung für produktive Zwecke massiv begünstigt, die aufgrund der günstigen Faktorausstattung²⁵ relativ hohe Angebotselastizität der deutschen Industrie also weiter gestärkt. Nicht zuletzt wegen der von der Politik ebenfalls forcierten Weltmarkt-reintegration²⁶ in den 1950er Jahren stellte sich so ein weitgehend inflationsfreies hohes Wirtschaftswachstum ein.



Volkswagenwerk Wolfsburg, 1954.

Politisch trug der Erfolg der Währungsreform zur Stabilisierung einer bürgerlich-liberalen Regierungsmehrheit bei, die sich wiederum um eine Verstetigung der günstigen ökonomischen Rahmenbedingungen bemühte. Die Durchsetzung und mittelfristige Festschreibung eines politischen und ökonomischen Musters, das Produktion statt Verteilung favorisierte, ging mithin ursächlich ebenfalls auf die Weichenstellungen der Währungsreform zurück. Dabei erwies sich die strikte Orientierung der Zentralbank (seit 1957: Bundesbank) an der Geldwertstabilität und die hiermit eng verbundene Sicherung der Preisstabilität als Moment höchster Bedeutung. Nur so wurde eine Politik der produktivitätsorientierten Lohnentwicklung in sozialpartnerschaftlicher Kooperation möglich, die maßgebliche Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft erlangte. Die sukzessive Einführung von Mitbestimmungsregeln sicherte diese sozialpartnerschaftliche Kooperation ebenso ab, wie die eher restriktive Finanz- und Haushaltspolitik der Bundesregierung eine nennenswerte Neuverschuldung des Staates oder eine zu rasche Aufblähung des Staatsapparates ausschloss. Die Währungsreform und die

durch sie mitkonstituierte Wirtschafts- und Finanzpolitik der frühen Bundesrepublik waren für den Erfolg des Wirtschaftswunders daher von großer Bedeutung.

Dieser Zusammenhang gilt für die langfristigen Folgen der Währungsreform und des Wirtschaftswunders nur mehr sehr vermittelt. Die Währungsreform ermöglichte und begünstigte das Wirtschaftswunder; dieses wiederum trug maßgeblich zur Beschleunigung des sozialen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland bei, der sich zunächst auf die Sektoralstruktur und die regionale Mobilität, danach auch auf Qualifikationsprofile und die soziale Mobilität in hierarchischer Richtung bezog. War die westdeutsche Gesellschaft der 1950er Jahre strukturell noch der deutschen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit sehr ähnlich, so hatte sich das Bild spätestens in den 1960er Jahren grundlegend gewandelt, als zur stark beschleunigten sozialen Mobilität eine Änderung bislang vorherrschender Mentalitäten hinzutrat.

Kurz: Die Währungsreform und das durch sie ermöglichte und im Nachhinein politisch stabilisierte Muster wirtschaftlicher Entwicklung brachte eine erhebliche Dynamisierung des gesellschaftlichen Wandels.²⁷ Die Revolte von 1968 war das Ergebnis dieser Dynamisierung. Sie wurde zwar im Bewusstsein ihrer Protagonisten gegen die 1950er Jahre geführt, doch hatte deren Entwicklung sie überhaupt erst möglich gemacht! Die nun sich vollziehende Umstellung der Wirtschafts- und Sozialpolitik von Produktion auf Verteilung, gedacht als Abrechnung mit der „Ungerechtigkeit der Restaurationsjahre“, brachte zumindest in den Augen liberaler Kritiker auch das Ende der ökonomischen Dynamik.²⁸

FAZIT

Die ökonomische und politische Bedeutung der Währungsreform, die bis in die 1960er Jahre hinein unstrittig war, ist seit den Arbeiten von Werner Abelshauser angezweifelt worden: Ihre reale ökonomische Bedeutung sei angesichts günstiger Ausgangs- und Rahmenbedingungen viel geringer gewesen, als man lange Zeit unkritisch angenommen habe. Der Wiederaufbau habe bereits mehr als ein Jahr vor der Währungsreform begonnen; ihre scheinbaren Erfolge seien nicht zuletzt ein Ergebnis der unzureichenden statistischen Erfassung der Produktion in der Vorwährungszeit.²⁹

Diese Hinweise waren zweifellos wichtig, um deutlich zu machen, dass das Wirtschaftswunder nicht allein von klugen Entscheidungen, sondern ebenso sehr von den vorhandenen Potentialen abhing. Man hat daraus in der Hitze der Polemik zeitweilig einen Widerspruch insoweit gemacht, als ob entweder die politischen Entscheidungen oder die vorhandenen ökonomischen Potentiale die weitere wirtschaftliche Entwicklung determiniert hätten. Sinnvollerweise sollte man dagegen festhalten, dass sowohl Potentiale als auch Entscheidungen für das Zustandekommen des Wirtschaftswunders unentbehrlich waren, es also – zumindest logisch – wenig Sinn macht, den einen oder den anderen Faktor zu bevorzugen. Gleichwohl waren sie, das gilt es mit Nachdruck festzuhalten, unterschiedlicher Natur.

Während die ökonomische Ausstattung mit Sach- und Humankapital in Westdeutschland nach 1945 einigermaßen feststand, war die Frage, wie die wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausfallen würden, durchaus offen. Dass sich im Konflikt um die Bewältigung der wirtschaftlichen und finanziellen Kriegsfolgen eine ordoliberalen Richtungsentscheidung durchsetzen konnte, war angesichts der vorherrschenden öffentlichen Stimmung, die stärker in Richtung eines dritten Weges zwischen Moskau und Washington zu votieren schien, nicht selbstverständlich. Gleiches gilt für die Tatsache, dass die damit verbundene faktische Enteignung des Geldvermögens großer Teile der Bevölkerung mehr oder weniger umstandslos hingenommen wurde.

Die Entscheidung für die Währungsreform in ihrer dann realisierten Form war mithin ebenso riskant wie unwahrscheinlich. Sie verdankt sich dem Zusammenspiel von fest entschlossenen deutschen Experten mit der von deutscher Sozialkritik nicht anzweifelbaren Legitimität des Handelns insbesondere der amerikanischen Besatzungsmacht, die es auch wegen der zugesagten Wiederaufbauhilfen überhaupt erst möglich machte, eine radikale Währungsreform ohne verteilungspolitisch motivierte Lastenausgleichsmaßnahmen durchzuführen. Diese Konstellation ermöglichte einen Bruch mit der Tradition der Weimarer Verteilungsdemokratie wie mit den Steuerungsobsessionen des Nationalsozialismus, die – wenn auch unter anderem Vorzeichen – in der Sowjetischen Besatzungszone fortgeführt wurden.

Die Radikalität des Bruches und die Bedingungslosigkeit des Neuanfangs nach der Währungsreform wurden zu zentralen Elementen des Währungsreformmythos, der schließlich selbst einen der Treibsätze des Wirtschaftswunders bildete. Insofern mag man über die ökonomische Bedeutung der Währungsreform im Einzelnen streiten, ihre (wirtschafts-)politische und damit

auch ihre Bedeutung für die Grundlegung des Wirtschaftswunders sind nicht hoch genug zu veranschlagen. Dass die Währungsreform zum Mythos wurde, ist – so gesehen – nachgerade ein Segen, mit dem vor dem 20. Juni 1948 niemand rechnen konnte.

Spätestens mit der Großen Koalition von 1966 war diese Konstellation erst brüchig und schließlich ganz hinfällig geworden. Das Vertrauen in sich selbst regulierende Märkte im Rahmen einer umfassenden Wettbewerbsordnung schwand sukzessive zugunsten eines stärker planenden, lenkenden und regulierenden Staates, der entsprechend selbstbewusst immer größere Teile des Sozialproduktes in seine Verfügung zog. War die Bundesrepublik zunächst jedenfalls im Inland schuldenfrei und kam der Staat lange mit einem Anteil von weniger als 30 Prozent am Inlandsprodukt zurecht, so stiegen seit dem Ende der 1960er Jahre die Schulden wie der Staatsanteil kontinuierlich an, ohne dass deshalb das Wirtschaftswachstum wie erhofft hätte stabilisiert werden können.

Solange das Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft, die produktivitätsorientierte Lohnpolitik hierdurch nicht zerstört wurde, blieb die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der westdeutschen Wirtschaft erhalten, doch zeigten schon die 1970er Jahre, dass das nicht dauerhaft so sein musste. Mit den stark steigenden Inflationsziffern der ersten Hälfte der 1970er Jahre schien eher deren Ende erreicht, und es bedurfte umfassender Anstrengungen der Bundesbank, die Inflationsrate zu drücken, um die traditionelle Lohnentwicklung auch weiterhin zu stabilisieren. Dabei kam ihr entgegen, dass nach dem Ende von Bretton Woods die Deutsche Mark stark aufgewertet wurde und die westdeutsche Importrechnung sich trotz hoher Ölpreise günstig gestaltete.

Die starke Währung und die strikte Stabilitätspolitik der Bundesbank wurden so zu den maßgeblichen Hütern der Sozialen Marktwirtschaft und damit auch zu jenen Kräften, die das Erbe der Währungsreform entschieden verteidigten. Das ist seit der Einführung des Euro, dem Bedeutungsverlust der Bundesbank und der überaus expansiven Geldpolitik der EZB anders geworden. Das Erbe der Währungsreform gibt es nicht mehr, und die zurückkehrende Inflation wird über kurz oder lang die Tradition der produktivitätsorientierten Lohnpolitik zerstören, sollte sich keine grundlegende Wiederorientierung an der Preisstabilität durchsetzen. Die Erinnerung an die Währungsreform jedenfalls zeigt: Es steht viel auf dem Spiel.

- 1 Hierzu ausführlich Michael Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948, Essen 1993.
- 2 John H. Backer: Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikanische Deutschlandpolitik 1943–1948, München 1981.
- 3 Christoph Buchheim: Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Wirtschaftsreform zur Ankurbelung des westdeutschen Wirtschaftswachstums in den 1940er Jahren, in: Dietmar Petzina (Hrsg.): Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 1991, S. 55–65.
- 4 Die historische Literatur zur Währungsreform ist vor allem in den 1980er und 1990er Jahren stark angewachsen, hat seither aber kaum noch neues wissenschaftliches Interesse gefunden, da ihre historiographische Darstellung weitgehend erfolgt war. Vgl. die Literaturübersicht bei Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder.
- 5 Großbritannien hatte daher auch kaum ein Interesse, die finanzpolitischen Strukturen und Institutionen einschließlich des Bankensystems einer tiefgreifenden Änderung zu unterziehen; vgl. Theo Horstmann: Die Angst vor dem finanziellen Kollaps. Banken- und Kreditpolitik in der britischen Zone zwischen 1945 und 1948, in: Dietmar Petzina/Walter Euchner (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet, Düsseldorf 1984, S. 215–234.
- 6 Backer: Entscheidung zur Teilung, S. 114. Vgl. hierzu auch die differenzierte Darstellung bei Wilfried Mausbach: Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947, Düsseldorf 1996.
- 7 Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, S. 223 ff.
- 8 Vgl. Backer: Entscheidung zur Teilung, S. 115 f.
- 9 Zit. nach Backer: Entscheidung zur Teilung, S. 127. Zur Geschichte der Notendruckkontroverse vgl. auch Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, S. 240.
- 10 John Gimbel: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt/Main 1971.
- 11 John Gimbel: The origins of the Marshall Plan, Stanford 1976. Ferner Gerd Hardach: Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952, München 1994. Ferner Mausbach: Von Morgenthau zu Marshall.
- 12 Eckhard Wandel: Zur Vorgeschichte der Währungsreform von 1948, in: Peter Hampe (Hrsg.): Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft. Rückblicke und Ausblicke, München 1989, S. 45.
- 13 Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, S. 242.
- 14 Möller: Die westdeutsche Währungsreform, S. 445–451.
- 15 Buchheim: Die Währungsreform 1948, S. 212.
- 16 Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, S. 247–260.
- 17 Buchheim: Die Währungsreform 1948, S. 213 f.
- 18 Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, S. 262.
- 19 Buchheim: Die Währungsreform 1948, S. 217 f.
- 20 Ebd., S. 218 f.
- 21 Werner Plümpe: Vom Plan zum Markt. Wirtschaftsverwaltung und Unternehmerverbände in der britischen Zone, Düsseldorf 1987, S. 277 ff.
- 22 Vgl. hierzu grundlegend Niklas Luhmann: Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt/Main 1989, insbes. die Kapitel über Knappheit und Geld als Kommunikationsmedium, S. 177–271. Marktwirtschaften beruhen auf doppelter Knappheit von Gütern und Geld, die über Preise Verhalten steuert. Erst hieraus entsteht überhaupt ein selbstregulierungsfähiges, modernes ökonomisches System.
- 23 Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982, S. 376.
- 24 Zur Kontroverse über die unmittelbare ökonomische Bedeutung der Währungsreform vgl. Rainer Klump: 40 Jahre Deutsche Mark. Diskussionsschwerpunkte und Ergebnisse der Währungsreformforschung, in: Rainer Klump (Hrsg.): 40 Jahre Deutsche Mark. Die politische und ökonomische Bedeutung der westdeutschen Währungsreform von 1948, Stuttgart 1989, S. 51–68.
- 25 Abelshauser: Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975.
- 26 Christoph Buchheim: Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990.
- 27 Hartmut Kaelble (Hrsg.): Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Europa, Opladen 1992.
- 28 Herbert Giersch/Karl-Heinz Paqué/Holger Schmieding: The fading miracle. Four decades of market economy in Germany, Cambridge 1993.
- 29 Wolfram Fischer (Hrsg.): Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Bd. 190), Berlin 1989. Ferner Rainer Klump: 40 Jahre Deutsche Mark.

LITERATUR

- A Abelshauser, Werner:** Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975.
- B Backer, John H.:** Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikanische Deutschlandpolitik 1943–1948, München 1981.
- Brackmann, Michael:** Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948, Essen 1993.
- Buchheim, Christoph:** Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Wirtschaftsreform zur Ankurbelung des westdeutschen Wirtschaftswachstums in den 1940er Jahren, in: Dietmar Petzina (Hrsg.): Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 1991, S. 55–65.
- Ders.:** Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 36 (1988), Heft 2, S. 189–231.
- Ders.:** Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990.
- F Fischer, Wolfram (Hrsg.):** Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Bd. 190), Berlin 1989.
- G Giersch, Herbert/Paqué, Karl-Heinz/Schmieding, Holger:** The fading miracle. Four decades of market economy in Germany, Cambridge 1993.
- Gimbel, John:** Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt/Main 1971.
- Ders.:** The origins of the Marshall Plan, Stanford 1976.
- H Hardach, Gerd:** Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952, München 1994.
- Horstmann, Theo:** Die Angst vor dem finanziellen Kollaps. Banken- und Kreditpolitik in der britischen Zone zwischen 1945 und 1948, in: Dietmar Petzina, Walter Euchner (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet, Düsseldorf 1984, S. 215–234.

- K Kaelble, Hartmut (Hrsg.):** Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Europa, Opladen 1992.
- Kleßmann, Christoph:** Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982.
- Klump, Rainer:** 40 Jahre Deutsche Mark. Diskussionsschwerpunkte und Ergebnisse der Währungsreformforschung, in: Rainer Klump (Hrsg.): 40 Jahre Deutsche Mark. Die politische und ökonomische Bedeutung der westdeutschen Währungsreform von 1948, Stuttgart 1989, S. 51–68.
- L Luhmann, Niklas:** Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt/Main 1989.
- M Mausbach, Wilfried:** Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947, Düsseldorf 1996.
- Möller, Hans:** Die westdeutsche Währungsreform von 1948, in: Währung und Wirtschaft in Deutschland, Frankfurt am Main 1976, S. 433–483.
- P Plumpe, Werner:** Vom Plan zum Markt. Wirtschaftsverwaltung und Unternehmerverbände in der britischen Zone, Düsseldorf 1987.
- W Wandel, Eckhard:** Zur Vorgeschichte der Währungsreform von 1948, in: Peter Hampe (Hrsg.): Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft. Rückblicke und Ausblicke, München 1989, S. 41–54.

Impressum

Der Autor

Werner Plumpe ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt/Main (i.R.).

Ansprechpartner

PD Dr. Matthias Oppermann

Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
T +49 30 / 26 996-3812
matthias.oppermann@kas.de

Dr. Kathrin Zehender

Referentin Zeitgeschichte
T +49 30 / 26 996-3717
kathrin.zehender@kas.de

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Umschlagfoto: © SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

Zwei Frauen betrachten die gefüllte Auslage im Schaufenster einer Fleischerei nach der Einführung der Deutschen Mark.

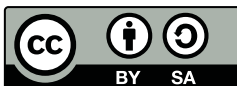
Bildnachweise:

S. 7 © picture-alliance / akg-images | akg-images; S.9 © SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo; S. 10 © Fosch/Süddeutsche Zeitung Photo; S. 13 © SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo; S. 15 © picture alliance / akg-images | akg-images / Paul Almasy

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-160-1